

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 3

Buchbesprechung: Revolutionäre Vergangenheit : sozialliberale Zukunft?
Autor: Blaser, Markus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Revolutionäre Vergangenheit – sozialliberale Zukunft?

Dowe, Dieter; Klotzbach, Kurt (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Bonn: Dietz 2004. 672 S., Fr. 43.50.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die neue SPD. Menschen stärken – Wege öffnen. Bonn: Dietz 2004. 350 S., Fr. 26.60.

In der Schweiz wird die SPD fast ausschliesslich über die Politik der rot-grünen Bundesregierung, über die «Agenda 2010», «Hartz 4» und natürlich den vorgezogenen deutschen Wahlkampf wahrgenommen. Kaum bekannt ist dagegen, dass auch die deutsche Schwesterpartei der SP Schweiz mitten in der Überarbeitung ihres Grundsatzprogramms steckt. Die seit 1999 laufenden Arbeiten sind nun für die Dauer des Wahlkampfes unterbrochen und der für November 2005 geplante Programmparteitag auf Frühling 2006 verschoben worden. Auch wenn kaum abzuschätzen ist, welche Auswirkungen der Wahlausgang auf den weiteren Verlauf der Programmdebatte haben wird, dürfte ein Blick auf die bereits vorliegenden Dokumente auch für die Schweizer SP interessant sein.¹ Das gilt insbesondere für die beiden hier besprochenen Bücher.

Bei den programmatischen Dokumenten der deutschen Sozialdemokratie handelt es sich um eine Sammlung nicht nur der bis heute sieben offiziellen Grundsatzprogramme der SPD, sondern auch von Referaten, Resolutionen und Positionspapieren, denen für die Entwicklung der

Programmatik der deutschen Sozialdemokratie im Verständnis der Herausgeber besondere Bedeutung zukommt. Der Bogen wird vom Kommunistischen Manifest (1848) über die «Politischen Richtlinien» Kurt Schumachers (1945) bis zu den «Impulsen» und «Akzenten» für die laufende Programmdebatte (beide Herbst 2003) weit gespannt. Dies ermöglicht, die Genese sozialdemokratischer Programmatik in ihren Kontinuitäten und Wandlungen zu verfolgen und frühere Positionen kritisch vergleichend auf die Gegenwart zu beziehen. Die Einleitung der Herausgeber leistet dabei doppelte Orientierungshilfe, indem sie die Entstehung der Dokumente in den grösseren historischen Zusammenhang stellt und gleichzeitig inhaltliche Traditionslinien und Konfliktfelder herausarbeitet. Dazu zählen u.a. die Dialektik zwischen Internationalismus und Nation oder Revolution und Reform sowie das gespannte Verhältnis zum Staat wie das Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie. Seit ihren Anfängen versteht sich die deutsche Sozialdemokratie als internationale Emanzipationsbewegung, verhält sich im Zweifelsfall jedoch realpolitisch, sprich nationalistisch (z.B. Burgfrieden 1914). Dieses Spannungsverhältnis wirkt im Kontext der Aufgabenteilung zwischen EU und Nationalstaat bis heute fort. Ebenfalls als Konstante sozialdemokratischer Politik erweist sich der Umstand, dass die programmatischen Ziele in der Regel «revolutionärer» waren als die reformerische Praxis. Bismarcks Verbot der SPD (1878–1890) hatte eine Radikalisierung zur Folge, während ihre politische Integration in der Weimarer Re-

¹ Vgl. www.programmdebatte.spd.de.

publik und nach 1945 zu moderateren Positionen führt, was sich am deutlichsten im so genannten Godesberger Programm (1959) zeigt. Dieses löste das seit 1925 gültige Heidelberger Programm ab und stellte die SPD «klar und konsequent wie nie zuvor 'als kämpferische demokratische Freiheitsbewegung' (Willy Brandt) dar» (S. 47). Im Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie spiegeln sich sowohl das erneute Verbot der Sozialdemokratie im Nationalsozialismus als auch die nicht ganz freiwillig erfolgte Fusion mit der KPD zur SED in der DDR (1946). Damit erklärt sich die im Vergleich zur Schweiz stärkere Betonung der Freiheit und die reserviertere Haltung gegenüber dem Staat und insbesondere dessen repressivem Potenzial. Doch dürfte diese etwas andere Gewichtung zentraler Grundwerte auch mit dem politischen System zu tun haben, das wahlarithmetische Mehrheiten verlangt.

Zeigen die programmatischen Dokumente also klar, wie historische Erfahrungen auf politische Positionsbezüge verändernd einwirken, so wird aus ihnen gleichermaßen eine überraschende Konstanz der Problemstellungen und Grundüberzeugungen deutlich. Dies zeigt sich im Bemühen der «Impulse» wie der «Akzente», sich auf die Fortführung der Grundwerte-Trias von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu beziehen, die letztlich ihren Ursprung ja sogar in der Französischen Revolution hat. Trotzdem unterscheiden sich die beiden Programmwürfe hinsichtlich der gezogenen Konsequenzen. Zielen die «Impulse» auf eine stärker sozialliberal ausgerichtete Neupositionierung der SPD, setzen die «Akzente» eher auf Erneuerung und endliche Realisierung bekannter Postulate. Die Differenz wird deutlich am Gehalt des Gerechtigkeitsbegriffs. Im einen Fall wird der Impuls von der Verteilungs- auf die Chancengleichheit verschoben und argumentativ mit einem freiheitlichen Menschenbild untermauert (siehe unten). Im

anderen Fall wird der Akzent zwar nicht umgekehrt gesetzt, aber betont, dass Chancengleichheit wenigstens auf Verteilungsgerechtigkeit beruhen muss. Auf dieser Grundlage wird die Teilhabe aller an «öffentlichen Gütern» (genannt sind Sicherheit, Nachhaltigkeit und finanzielle Stabilität), eine wichtige Rolle des Staates bei deren Produktion und Verteilung sowie eine weiter gehende Demokratisierung der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft eingefordert. Hier werden also Ansätze des universalistischen «nordischen Modells» sichtbar, in dem der Staat zahlreiche Dienstleistungen selbst produziert, die so allen BürgerInnen zur Verfügung stehen (z.B. Kinderbetreuung).

Die programmatischen Dokumente sind ein spannender Fundus für alle, die sich mit der Entwicklung sozialdemokratischer Programmatik auseinandersetzen wollen – gerade auch im Hinblick auf die laufende Programmrevision der SP Schweiz. Dies gilt umso mehr, als es eine vergleichbare Sammlung für die Schweiz nicht gibt.²

Sind die «Akzente» ein Beitrag der «Redaktionsgruppe Programmkommission», der u.a. Johano Strasser, Wolfgang Thierse und Heidemarie Wieczorek-Zeul angehören, stellen die «Impulse» das Ergebnis einer mehrtägigen Tagung der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Herbst 2003 dar. Sie finden sich denn auch erneut am Schluss des Readers «Die neue SPD», der die 34 Beiträge dieser Tagung umfasst. Auf einleitende Artikel zu Herausforderungen und Aufgaben der Sozialdemokratie sowie zu den Grundwerten folgen Grundsatztexte zu zentralen Politikfeldern: Staat und Gesellschaft, Europa und die Welt, Wissensökonomie und Kulturgesellschaft, Arbeitsmarkt, So-

²Die offiziellen Programme liegen im pdf-Format vor unter <http://www.spschweiz.ch/positionen/parteiprogramm>. Vgl. auch Abt, Viktor: Die sozialdemokratischen Parteiprogramme 1870–1982. In: SP Schweiz (Hg.): Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Zürich: Limmat 1988, S. 79–91.

zialstaat, Wissenschaft und Umwelt. Die AutorInnen des «Impulse»-Papiers verstehen sich als SozialdemokratInnen der «Nach-68er-Generation», doch darunter sind bekannte Namen wie Sigmar Gabriel, Kurt Bodewig oder Ute Vogt. Für die Tagung haben sie 15 wissenschaftliche Gesprächspartner eingeladen, darunter die beiden Historiker Paul Nolte und Jürgen Kocka. An ihnen und ihren Beiträgen lässt sich sehr gut die programmatische Bandbreite der «Impulse» und damit der sozialliberalen Strömung innerhalb der SPD ablesen.

Nolte gehört zur neuen Wissenschaftlergeneration, die die Oberflächlichkeit von Politik beklagt, zu der sie selbst mit schwammigen Positionsbezügen beiträgt. So kann Nolte gleichzeitig den Beizug des Steuerrechtsexperten Kirchhof durch die CDU und den Auftrieb der Linkspartei begrüßen, während er selbst «lieber nicht» sagen will, wen oder was er wählt.⁵ Sein Beitrag in «Die neue SPD»⁴ erhellt die erkenntnistheoretischen Grundlagen solchen Schwadronierens. Für Nolte ereignet sich seit den 1980er Jahren mit der Auflösung der Industriegesellschaft ein «Wandel von historischem Ausmass», der neben den materiellen Grundlagen auch die «fundamentalen Wertorientierungen in der Moderne» betrifft. Als Folge davon sind «die vergleichsweise eindimensionalen Koordinaten der politischen Orientierung komplizierter geworden». Die SPD benötigt als Antwort darauf «ein *neues* Menschenbild, ein *neues* Koordinatensystem im Gesellschaftsbild», um die traditionellen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität «*neu* definieren» zu können. «Die Herausforderung lautet: Politik in *neuen* Spannungsfeldern.»

Wer so viel Neues wahrnimmt, will sich konsequenterweise vom überflüssig und

lästig gewordenen Alten trennen. Konsequenterweise will Nolte deshalb Abschied nehmen vom Leitbild des «demokratischen Sozialismus», «weil er die romantischen Sehnsüchte einer Überwindung von Gegenwartsproblemen bündelt und damit die Einsicht in die realen politischen Aufgaben in diesen Problemen blockiert». Aber auch vom Feindbild des «Neoliberalismus» will er sich trennen, da dieser «in die Irre führt» und «zunehmend als Klischee, als Barriere, als Denkverbot, das von der Einsicht in den gesellschaftlichen Wandel (...) abhält». Was dieser «Ballastabwurf» konkret bedeutet, lässt sich am Beispiel der Gerechtigkeit zeigen: «Gerechtigkeit bezieht ihren Sinn nicht mehr allein aus einer Politik der materiellen Umverteilung. (...) Sie zielt auf eine Politik der Teilhabe an der Gesellschaft.» Was hier als Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs erscheint, erweist sich bei genauerer Betrachtung jedoch als weit gehender Verzicht auf Verteilungsgerechtigkeit und Rückzug auf Chancengleichheit. Denn der «notwendige Aufbruch» im Spannungsfeld zwischen sozialökonomischer Dynamisierung und sozialer Gerechtigkeit «wird in mancher Hinsicht sogar Ungleichheit verstärken». Die realpolitische Konsequenz solcher Konzepte ist bereits bekannt: Das Arbeitslosengeld wird gekürzt (Hartz 4) und die Startchancen auf dem Arbeitsmarkt durch intensivierte Betreuung (Clement: «Jeder kriegt ein Angebot.») und 1-Euro-Jobs verbessert. Die Kritik, dass Unternehmen massenhaft Stellen streichen, obwohl sie Milliardengewinne machen, kann die SPD dann der Linkspartei überlassen.

Gegen eine so verstandene, quasi totale programmatische Erneuerung sind also durchaus Vorbehalte angebracht, weil sie einerseits sozialdemokratische Grundwerte in ihr Gegenteil zu verkehren droht und sie andererseits die Menschen gerade nicht stärkt, sondern nur der Partei und Politik entfremdet. Dass es auch

⁵ Vgl. Tages-Anzeiger, 3. September 2005, S. 10.

⁴ S. 27–36; Hervorhebungen in den folgenden Zitaten durch M.B.

anders geht, zeigt Jürgen Kocka.⁵ Der Doyen der deutschen Sozialgeschichte schlägt eine Aktualisierung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vor. «[...] verknüpft mit Gerechtigkeit und Solidarität bedeutet Freiheit nicht nur die Abwesenheit von Zwang, sondern auch die Abwesenheit von Not; [...] Gerechtigkeit heisst im sozialdemokratischen Sinne nicht bloss [...] Gleichheit der Startchancen, sondern auch Gleichheit der grundlegenden Lebenschancen.» Die Konsequenz dieses Ansatzes liegt für Kocka keineswegs in «Gleichmacherei»: «Nicht jede Ungleichheit ist ungerecht, aber es gibt Ungleichheiten – auch soziale und ökonomische –, die ungerecht wirken und sind. [...] Die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit kann also nicht beiseite gerückt oder abgeblockt werden, erst recht nicht im sozialdemokratischen Denken.» Anders als Nolte will Kocka also die Verteilungsfrage nicht zu Gunsten der Chancengleichheit zurückdrängen. Aber auch er sieht, dass unter Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit die beiden Gerechtigkeitsprinzipien miteinander in Konflikt geraten: «Um die Massenarbeitslosigkeit, diesen gegenwärtig grössten Missstand, zu reparieren [...] und also Teilhabegerechtigkeit wieder herzustellen, nutzt die Reduzierung der Einkommens-, Vermögens- und Risikoungleichheit durch Umverteilung nicht nur nichts, sie erschwert die Erreichung dieses Ziels vielmehr zusätzlich.» Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit müssen laut Kocka deshalb «irgendwie» verbunden werden,

⁵S. 58–64.

z.B. in Form einer «zeitlichen Entzerrung»: «Es gibt Zeiten (wie heute), in denen das Ziel der Teilhabegerechtigkeit ganz eindeutig dominiert und dasjenige der Umverteilung, die zu grösserer ökonomischer Gleichheit führen soll, klein geschrieben werden muss, und zwar um Wachstumsbremsen nicht zu verstärken und die Chance zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit nicht ganz zu verspielen. Es wird wieder Zeiten geben, in denen die Bedingungen so sind, dass wieder grösseres Gewicht auf Verteilungsgerechtigkeit gelegt werden kann.»

Kockas Konzeption unterscheidet sich von jener Noltes also durch eine rein zeitlich-instrumentell und nicht sachlich-fundamentale begründete Priorisierung von Teilhabe- gegenüber Verteilungsgerechtigkeit. Aber auch sie läuft Gefahr, die Einebnung sozialer Ungleichheit auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Die Einlösung dieses sozialdemokratischen Postulats würde so zwar nicht vom Anspruch her, aber realpolitisch aufgegeben. Mit Blick auf die Programmrevision wird man diese Konsequenzen einer sozialliberalen Positionierung mitdenken müssen. Es geht um die Frage, ob sich sozialdemokratische Politik ihrem eigenen Programm annähern soll oder ob sich das Programm der real verfolgten Politik anpassen soll. Da der Reader zur neuen SPD solche grundlegenden Fragen aufwirft, erweist er sich auch für Schweizer LeserInnen als an- und aufregende Lektüre.

Markus Blaser